

Tagungen

Entscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus Bericht über die Marshallplan- Tagung in Essen

In jüngster Zeit wird häufig ein „Marshallplan“ für die Entwicklungsländer vorgeschlagen - nach dem Vorbild jenes amerikanischen Wiederaufbauprogrammes für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Marshallplan-Hilfe wird von vielen mit dem Beginn des wirtschaftlichen Aufschwungs Westdeutschlands in Verbindung gebracht und als selbstlose Leistung einer Siegermacht

gegenüber einem Land angesehen, das einen Weltkrieg angezettelt und verloren hat. So berechtigt der Appell zu einer verstärkten Hilfe der Industrienationen für die Länder der Dritten Welt ist - wenn er sich auf den Marshallplan beruft, ist er tendenziös. Ein Hilfsprogramm für die Dritte und Vierte Welt müßte etwas anderes sein als der Marshallplan, der ja Ländern angeboten wurde, die fast ausnahmslos hochindustrialisiert waren und eine qualifizierte Arbeiterschaft besaßen.

Wenn sich auch eine allgemeine Erinnerung an den Marshallplan und seinen „Segen“ im Bewußtsein der Öffentlichkeit erhalten hat, so sind doch seine Entstehung, seine Intentionen und Auswirkungen bisher weitgehend unbekannt. Die internationale Tagung „Marshallplan und europäische Linke“, veranstaltet vom Fach Geschichte der Universität Essen, sollte hier Abhilfe schaffen, indem sie den Marshallplan zum Gegenstand der Diskussion zwischen Historikern, Politologen und Ökonomen machte.

In Referaten, Gesprächen, Gruppen- und Plenumsarbeit wurden - unter der Leitung von Prof. Dr. Lutz Niethammer und Dr. Othmar Nikola Haberl (Universität Essen) — unter anderem folgende Themenbereiche erörtert: Die Großmächte und der Marshallplan; Die wirtschaftliche Lage in den europäischen Ländern; Die Lage in den besetzten Ländern Deutschland und Österreich; Die Auswirkungen des Marshallplans auf die Blockintegration. Dabei erwies sich, welchen Stellenwert der Marshallplan in der Entwicklung der Gewerkschaften Europas hatte: Das Jahr 1947 war für sie ein Entscheidungsjahr.

Das Angebot des amerikanischen Außenministers Marshall, die europäische Wirtschaft durch eine Bündelung von Krediten und Warenlieferungen (vor allem Nahrungsmittel) wieder in Gang zu bringen, stellte die Arbeiterbewegung in den europäischen Ländern vor ein Dilemma. Auf der einen Seite war die Wiederankurbelung der einzelnen Volkswirtschaften und des internationalen Handels bitter notwendig, nicht zuletzt wegen der katastrophalen Ernährungslage. Auf der anderen Seite war unübersehbar, daß eine Annahme der Hilfe innen- und außenpolitische Konsequenzen mit sich bringen würde, auch wenn die USA die Kreditvergabe nicht ausdrücklich an politische Bedingungen knüpften. Innenpolitisch bedeutete die Annahme des Marshallplanes eine Gefährdung des „dritten Weges“ (zwischen dem Kapitalismus, den die USA, und der Spielart des Sozialismus, wie ihn die UdSSR verkörperten). Strukturreformen an dem von der Weltwirtschaftskrise und dem Faschismus so grundsätzlich diskreditierten kapitalistischen System waren das gemeinsame Grobziel aller sozialistischen und kommunistischen Parteien und Gewerkschaften in Europa. Außenpolitisch bedeutete die Annahme des Marshallplanes eine Arrondierung des amerikanischen Einflusses in Europa und das Zurückdrängen der UdSSR. So wurde der Marshallplan jedenfalls von der Sowjetunion verstanden, die mit ihrer scharfen Ablehnung des Planes und ihrer Intervention in Polen und der Tschechoslowakei,

die beide dem Plan zustimmen wollten, in den „kalten Krieg“ eintrat.

Die Folgen des Marshallplanes für die Arbeiterbewegung in Europa waren vielfältig. Zum Teil waren sie nicht durch ihn direkt hervorgerufen, sondern Ergebnisse bereits angelegter Entwicklungen, denen der Marshallplan Schwung und Richtung gab. Der gerade zwei Jahre alte Weltgewerkschaftsbund spaltete sich; die in Italien, Frankreich und Deutschland auf den Weg gebrachte Einheitsgewerkschaft zerbrach. Die Sozialisten in diesen Ländern stimmten dem Marshallplan zu, wenn auch, wie in den deutschen Westzonen, mit Vorbehalten. Die Kommunisten waren darauf festgelegt, ihn abzulehnen. Das führte in Deutschland zu einem Ende der Interzonenkonferenzen, die eine gesamtdeutsche Gewerkschaftseinheit schaffen sollten. Die Kommunisten gerieten in der Folge in ganz Westeuropa in die Defensive und Isolation; aus der sie erst jetzt mit dem Versuch, einen von Moskau unabhängigen, bündnisfähigen „Eurokommunismus“ zu kreieren, herauskommen.

Der Marshallplan, das zeigte die Konferenz, markierte einen Wendepunkt der Nachkriegsgeschichte. Er gab der Arbeiterbewegung in Europa strategische Probleme auf, die bis heute in den Strukturen und Zielen ihrer - wenn auch im einzelnen unterschiedlichen - Politik nachwirken. Die Referate und Ergebnisse der Konferenz sollen 1978 als Buch vorliegen.

Ulrich Borsdorf / Hans-O. Hemmer

Aussprache

AfA-Bundeskongreß zur Aussperrung

GM 8/77, S. 528ff.

Zwar hat der diesjährige AfA-Bundeskongreß einen Antrag, die Aussperrung in der Bundesrepublik für rechtswidrig zu erklären und damit den seit 1946 in Hessen gültigen Artikel 29 (5) der Landesverfassung auf das Bundesgebiet auszuweiten, mit überwältigender Mehrheit angenommen, doch scheint das mehr eine Pflichtübung gewesen zu sein, die zunächst folgenlos bleiben wird, weil es diesem Thema in den Augen vieler SPD-Arbeitnehmer in einer Zeit der wirtschaftlichen Stagnation und der anhaltend hohen Zahl von Arbeitslosen an Aktualität mangelt, was sich übrigens auch in der Berichterstattung der verschiedenen Medien zeigte - durch die Nichterwähnung nämlich —, sogar in solchen Berichten, die — wie GM S. 531 - beklagen, daß die „in weiten Sektoren anrollende Technologiewelle“ vom AfA-Bundeskongreß kaum behandelt wurde. Dabei können gerade die anhaltenden Rationalisierungsinvestitionen und die damit bei ungenügendem Wirtschaftswachstum verbundenen technologisch bedingten Freisetzungen Streiks und Aussperrungen mit sich bringen, denn in anderen Ländern sind Streiks gegen den mit Arbeitslosigkeit erkaufte technischen Fortschritt heute schon keine Seltenheit mehr.

Was Aussperrung in der Praxis bedeutet, wurde einer breiteren Öffentlichkeit in der BRD 1975 bewußt, als in Erwitte etwa ein Jahr lang 151 Arbeitnehmer ausgesperrt wurden. Konnte man diese Aussperrung noch als „Ausrutscher“ eines selbstherrlichen Unternehmers abtun, so war das 1976, als in der Druckindustrie 150 000 Beschäftigte ausgesperrt wurden, um 15 000 Streikende in die Knie zu zwingen, schon nicht

mehr möglich, doch wurden diese Ereignisse durch die rasche Aufeinanderfolge von Hiobsbotschaften in diesem Jahr — Renten- und Krankenkassensanierung, Arbeitslosigkeit usw. - schnell aus dem Bewußtsein der Bevölkerung verdrängt.

In Moers führte die dortige AfA im Mai d. Js. eine Aktion gegen die Aussperrung durch, bei der über 500 Unterschriften gesammelt wurden. Allerdings stellte sich bei den Diskussionen heraus, daß viele Bürger meinten, wenn man für das Streikrecht sei, müsse man auch die Aussperrung bejahen. Es war schwierig - teilweise unmöglich -, sie davon zu überzeugen, daß die Aussperrung eben keine „angemessene“ Waffe gegen den Streik sei, sondern vielmehr eine Existenzbedrohung Hundertausender bedeuten könne. Die Tatsache, daß in anderen Ländern der Europäischen Gemeinschaft, z. B. in Frankreich und Holland, eine Aussperrung der Arbeiter und Angestellten zwar möglich ist, aber die Arbeitgeber nicht von der Pflicht zur Lohnzahlung befreit, war kaum bekannt.

Der über die SPD-Bundestagsfraktion an Arbeits- und Sozialminister Ehrenberg herangetragenen Forderung, geeignete Schritte zu unternehmen, um die bestehende Aussperrungsmöglichkeit für rechtswidrig zu erklären, stand dieser zwar persönlich positiv gegenüber, schmetterte sie aber mit dem Hinweis ab, ein mit der Erstellung eines Rechtsgutachtens beauftragter Experte habe 1975 erklärt, daß der Gesetzgeber zwar die „lösende Abwehraussperrung“ und die „Angriffsaussperrung“ verbieten könne, nicht aber die suspendierende Abwehraussperrung. Im übrigen solle man die Frage der Aussperrung nur auf der Grundlage einer Gesamtkonzeption des Arbeitskampfrechtes angehen. Dazu ist zu sagen: Um auf diesem Wege rechtzeitig zu einer Lösung zu kommen, die günstiger ist als das bisherige Recht in der BRD, wird es noch vieler Anstöße und Erinnerungen seitens der AfA und/oder der Gewerkschaften bedürfen. *Jutta Henke*